

Änderungsantrag 0082

eingereicht am 18.1.19 um 11:10 von Jessica Gaitskell und dem Ortsverband Königswinter

Auszug aus dem Wahlprogramm (Zeilen 842-852):

"Disruptive Trends europäisch angehen und Unabhängigkeit wahren

Wir Freie Demokraten wollen die Europäische Union bis zum Jahr 2030 zum modernsten und innovativsten Raum weiterentwickeln. Daher fordern wir die Weiterentwicklung von „Horizont Europa“ mit klaren Schwerpunkten in den Bereichen Biotechnologie, Gesundheitstechnologien, Chemie, Energietechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), Mobilität und Nanotechnologie. Dabei muss der Technologie- und Wissenschaftstransfer verstärkt werden. Gleichzeitig sprechen wir uns für einen europäischen Bürgerdialog über die Chancen und Risiken neuer Technologien aus, um die Akzeptanz neuer Technologien zu verbessern."

Begründung für die Streichung der Zeilen 842-852:

Die FDP ist die Partei des politischen Liberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft. Konsequenterweise bekennt sie sich auch im Europa der Zukunft zur Marktwirtschaft (Zeile 971) und fordert die Entfaltung der marktwirtschaftlichen Kräfte (Zeile 968). Es folgen dazu konsistente Kapitel z.B. zur Stärkung der Wettbewerbsordnung (Zeilen 984 bis 995) oder des Mittelstandes (Zeilen 996 bis 1011) und später Abschnitte zur Vollendung des Binnenmarktes (Zeilen 1064 bis 1073) oder der Verteidigung einer liberalen Welthandelsordnung (Zeilen 1092 bis 1141).

Das vorliegende Kapitel jedoch steht in eklatantem Gegensatz zu den vorherigen Forderungen. Es enthält eine willkürliche Auswahl von Branchen (Zeilen 845 - 848), mit denen die Zukunft mittels gezielter Industriepolitik gewonnen werden soll. Sie sollen von „Horizont Europa“ gefördert werden, ein Vorhaben, dessen Inhalt und Problematik kaum ein Leser des Wahlprogramms kennen dürfte.

Es wird auch nicht gesagt, wie der Eingriff geschehen soll: Per Staatsintervention? Durch Subvention? Durch Schutz vor Konkurrenz oder Protektion?

Explizit genannt werden die Branchen Biotechnologie, Gesundheitstechnologien, Chemie, Energietechnik, IKT, Mobilität und Nanotechnologie. Das ist genau die fast immer gleiche Liste von planwirtschaftlich gesonnenen europäischen Industriepolitikern aller Couleur. Auffallend ist auch, dass die Branchen so allgemein und vage bezeichnet werden, dass die Tür zu wirtschaftspolitischer Beliebigkeit weit geöffnet ist. Und warum zählen zu den zu fördernden Sektoren nicht der Maschinenbau, der Finanzdienstleistungssektor oder der Bausektor, der Spezialschiffbau oder die Weltraumtechnik – um nur einige zu nennen? Der liberale Ökonom Friedrich August von Hayek bezeichnete diese Politik als Anmaßung von Wissen.

Das Kapitel ist inhaltlich fragwürdig und thematisch widersprüchlich. Aus diesem Grund beantragen wir die ersatzlose Streichung.

Änderungsantrag 0086

eingereicht am 18.1.19 um 11:17 von Jessica Gaitskell und dem Ortsverband Königswinter

Auszug aus dem Wahlprogramm (Zeilen 1012-1030):

"Stärkung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) bzw. InvestEU

Wir Freie Demokraten unterstützen nachdrücklich den zentralen Teil des „Investitionsplanes für Europa“, mit dem die Europäische Union eine verbesserte, zielgenauere Verwendung von EU-Haushaltsmitteln anstrebt. Mit Hilfe der Europäischen Investitionsbank (EIB) sollen auf diesem Wege bis 2020 mindestens 500 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionszusagen mobilisiert werden – mit Schwerpunkten auf Infrastruktur, Forschung und Entwicklung von klimaschonenden Technologien sowie Innovationen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Auch die ökologische Weiterentwicklung von Europa soll dadurch gefördert werden (zum Beispiel die Entwicklung klimafreundlicher Antriebstechniken und E-Fuels). Zur Sicherung weiterer zukunftsweisender Investitionen und Innovationen fordern wir Freie Demokraten eine Durchsetzung der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Aufstockung des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) unter dem Namen InvestEU. Er soll zwischen 2021 und 2027 650 Milliarden Euro (in laufenden Preisen) an zusätzlichen Investitionen mobilisieren. Dies setzt jedoch eine unabhängige externe Evaluation voraus, die insbesondere nachweist, dass die durch den EFSI mobilisierten Investitionen ansonsten nicht vorgenommen worden wären (sogenannte Additionalität)."

Begründung für die Streichung der Zeilen 1012-1030

Die FDP ist die Partei des politischen Liberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft. Konsequenterweise bekennt sie sich auch im Europa der Zukunft zur Marktwirtschaft (Zeile 971) und fordert die Entfaltung der marktwirtschaftlichen Kräfte (Zeile 968). Es folgen dazu konsistente Kapitel z.B. zur Stärkung der Wettbewerbsordnung (Zeilen 984 bis 995) oder des Mittelstandes (Zeilen 996 bis 1011) und später Abschnitte zur Vollendung des Binnenmarktes (Zeilen 1064 bis 1073) oder der Verteidigung einer liberalen Welthandelsordnung (Zeilen 1092 bis 1141).

Das vorliegende Kapitel jedoch steht in eklatantem Gegensatz zu den vorherigen Forderungen. Hier fordert der Bundesvorstand ein vermeintlich geeignetes Instrument zur Durchsetzung staatsinterventionistischer Vorstellungen: den Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI).

Zunächst ist dieses Instrument grundsätzlich in Frage zu stellen, da es einen Eingriff in die marktwirtschaftliche Grundordnung darstellt, die sonst in den oben genannten Kapiteln propagiert wird. Die industriepolitische Problematik des EFSI bleibt dem Leser somit verborgen. Zweitens werden die Volumina massiv aufgebauscht. Der Fonds entspricht nur

0,05 Prozent (!) der Wirtschaftsleistung der EU-Länder - was kürzlich auch der FAZ zu entnehmen war, wie Ulrich Stolzenburg vom IfW Kiel dort feststellte. Drittens stützt sich der EFSI explizit – was hier nicht gesagt wird - u.a. auf den industriepolitischen Art. 173 des EU-Vertrags, den die FDP im Vorfeld der Diskussion des Maastricht-Vertrages mit ordnungspolitischen Argumenten vehement abgelehnt hat. Hinzukommt, dass bei Fehlentscheidungen des EFSI letztlich der EU-Steuerzahler haftet, was wiederum die Gefahr von Fehlentscheidungen erhöht.

Die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der FDP betonen richtigerweise die Stärkung von Markt und Wettbewerb durch Offenheit und Verbesserung der allgemeinen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Sie sollte nicht den Weg eines solchen Paradigmenwechsel hin zu gezielten industriepolitischen Konzepten gehen und solche falschen und ökonomisch kaum relevante Akzente in der Europawahl setzen. Sie sollte sich auch in Europa als Partei der Marktwirtschaft profilieren. Diese Widersprüchlichkeit ist im Wahlprogramm nicht zu vertreten.

Aus diesem Grund beantragen wir die ersatzlose Streichung des Kapitels.